

Protokoll der 7. deutsch-russischen Club-Forum-Konferenz

Köln - November 1999

von Stefanie Seeberg

An der 7. Konferenz nahmen 39 Club-Mitglieder, von denen 11 aus Rußland und der Ukraine angereist waren, teil.

Schon am Ankunftstag, dem 4. November, konnten wir mit **Viktor Böll**, einem Neffen Heinrich Bölls, den ersten Referenten begrüßen. Er leitet das Heinrich-Böll-Archiv in Köln und sprach über die Bedeutung Heinrich Bölls für die deutsche Demokratie. Böll wurde als ein Mensch vorgestellt, der zeitlebens unter dem Eindruck der materiellen Not, die seine Familie infolge der Weltwirtschaftskrise gelitten hatte, und den Erfahrungen stand, die er als Jugendlicher und Soldat während des Hitler-Regimes gemacht hatte.

Nach 1945 begann er zu schreiben und verstand sich dabei als kritischer Beobachter seiner Zeit. In der "Gruppe 47" traf er sich mit Ingeborg Bachmann, Ilse Aichinger, Günter Grass und begründete die erst Jahre später hochgerühmte deutsche Nachkriegsliteratur. Der Politik gegenüber blieb er bis zu seinem Tod äußerst skeptisch eingestellt. Als rheinischer - d. h. liberaler - Katholik machte er aus seiner Meinung keinen Hehl und äußerte sich regelmäßig zu politischen Themen. Er hätte, so sein Neffe, sicherlich sehr bestimmt auf die Rede Martin Walsers reagiert und erklärt, warum es Sinn macht, der Tradition des Vergessens das kollektive Gewissen der deutschen Gesellschaft entgegenzustellen.

Böll war der erste deutsche Übersetzer Lew Kopelews, mit dem er über Jahre hinweg freundschaftlich verbunden war. Zu unserer großen Überraschung stellten wir fest, dass der in Deutschland so berühmte Kopelew in Russland praktisch vollkommen unbekannt ist. Sein Leben und Werk brachte uns **Fritz Pleitgen** am folgenden Tag im Lew-Kopelew-Forum nahe.

Pleitgen hatte Kopelew in den 70er Jahren während seiner Tätigkeit als ARD-Korrespondent in Moskau kennengelernt. Unvergesslich seien die Küchengespräche, zu denen sich Ausländer, Korrespondenten, Diplomaten und viele andere beim „weisen Lehrer“ Kopelew versammelten, der als promovierter Germanist die deutsche Literatur und Kultur häufig besser kannte als seine deutschen Gäste.

Kopelew, 1912 in Kiew geboren, studierte in Moskau Germanistik. Gegen Ende des Krieges geriet er in Konflikt mit seinen Vorgesetzten, da er das Verhalten der Soldaten, die beim Einmarsch in Ostpreußen marodierend durchs Land zogen, kritisierte. 10 Jahre verbrachte er daraufhin bis 1955 in Haft. Seit den 60er Jahren war er als Regimekritiker Verfolgungen ausgesetzt. 1981 wurde er aus der

Sowjetunion ausgebürgert und ließ sich in Köln nieder, wo Heinrich Böll, mit dem er seit den 60er Jahren befreundet war, lebte. Kopelew widmete sich in seiner wissenschaftlichen Arbeit vor allem den deutsch-russischen Kulturbeziehungen, z.B. im Rahmen des „Wuppertaler Projektes“. Auch in Deutschland ging es Kopelew darüber hinaus darum, andere Leute zu motivieren, Menschen in Not zu helfen. Sein Engagement basierte also nicht nur auf kultureller Grundlage, sondern war vor allem humanitär begründet. So könnte man Kopelew als aktiven Humanisten charakterisieren, der sich einmischte, wo er die Notwendigkeit sah. Er zeichnete sich durch breites Wissen aus, war eine „wandelnde Enzyklopädie“. Neben der hohen Bildung beeindruckte vor allem seine Herzensbildung. Er setzte sich für Völkerverständigung ein, wobei ihm ganz wichtig war, dass die Beziehungen zwischen zwei Ländern nicht zu Lasten dritter gingen. Toleranz genoss bei ihm einen hohen Stellenwert, und er lebte nach der Devise „trotz alledem“. Nichts konnte ihn entmutigen, immer machte er weiter und bestach durch seine unermüdliche Energie. Als er vom Mauerfall in Berlin erfuhr, machte er sich noch in derselben Nacht auf den Weg dorthin, zumal er als europäisch denkender Mensch ein Gegner der deutschen Teilung war. Auch bei dem ersten Putsch in der Sowjetunion war er auf einem Panzer zu sehen. Diese unglaubliche Energie beflügelte alle seine Freunde. Der Freundeskreis beschloss nach dem Tod Kopelews, in seinem Sinn weiterzuwirken und gründete in Köln das Kopelew-Forum.

In der dem Vortrag anschließenden Diskussion wurde die Möglichkeit rege genutzt, Anregungen an den Intendanten des WDR heranzutragen, sei es, sich für Erleichterungen bei der Visa-Beschaffung einzusetzen, um die Basis für die deutsch-russischen Kontakte zu schaffen, sei es, durch entsprechende Programmauswahl für ein positiveres Russlandbild in deutschen Medien zu sorgen.

Alexander Vatlin, der als Historiker an der Moskauer Lomonossow-Universität arbeitet, beschäftigt sich ebenfalls mit dem Totalitarismus in Russland und Deutschland. In einem beeindruckenden und sehr ernsten Vortrag schilderte er einige Ergebnisse seiner vergleichenden Analyse von Terror und Widerstand unter Stalin und Hitler.

Die Methoden des Terrors - Sippenhaft, Folter usw. - waren offenbar weitgehend die gleichen. Jedoch war der Tötungsapparat in Russland weit weniger stark organisiert als der deutsche industrielle Mord. Außerdem scheint unter Stalin praktisch jeder Mensch ein potentielles Terroropfer gewesen zu sein; in Deutschland dagegen habe man Bevölkerungsgruppen genau definiert und systematisch verfolgt.

Alexander Vatlin arbeitet heute mit einer Forschungsgruppe den "Großen Terror" im Moskauer Gebiet auf. Die Namen und Daten von Opfern, deren sterbliche Überreste in Massengräbern gefunden wurden, und Tätern sollen nach und nach veröffentlicht werden. Solche Gruppen existieren in vielen Orten Russlands. Diese Arbeit sei deshalb besonders wichtig, weil in Russland bisher noch keine

Erforschung konkreter Tätergeschichten existiert, und ohne eine Täterforschung sei eine Versöhnung der Gesellschaft mit sich selbst schwer vorstellbar. Russland müsse hier noch einen eigenen Weg der "Vergangenheitsbewältigung" finden.

Die geplante Einschätzung der aktuellen politischen Lage in Russland durch Prof. Dr. Heinrich Vogel (BIOst, Köln) fiel leider aus. Zwei Vorträge aus den eigenen Reihen analysierten jedoch Aspekte der wirtschaftlichen Situation in Russland: **Alexander Burow** und **Eugen Peguschin** (DG Bank, Frankfurt) beschrieben den Ablauf und die Folgen der Bankenkrise, und **Maxim Tschoumatschenko** (OstWestAllianz, Moskau) und **Claudia Bell** (Allianz AG, München) sprachen über die Versicherung von Arbeitsunfällen in Russland und Deutschland.

Alexander Burow und **Eugen Peguschin** erinnerten uns an die Rubelkrise, die am 17. August 1998 die Goldgräberstimmung der vorangegangenen Jahre zunichte machte. Das gesamtwirtschaftliche Umfeld hatte sich schon 1997 infolge der Asienkrise und des Ölpreisverfalls für Russland verschlechtert. Das wesentliche Aktivgeschäft der meisten russischen Banken bestand in dem Kauf von russischen Schatzwechseln (GKO), da dieses Geschäft erstens hochrentabel und zweitens schnell zu erlernen war. Die Banken refinanzierten sich zu einem großen Teil durch Aufnahme von relativ niedrig verzinslichen Krediten in harten Währungen (US-Dollar, D-Mark usw.). Da die Zentralbank den Rubelkurs durch die Fixierung des Rubelkorridors garantierte, war dieses Geschäft so lange möglich, bis der in 1998 dramatische Rückgang der Devisenreserven dazu führte, daß der Korridor nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Die Russische Föderation war zahlungsunfähig, und die Währung stürzte ins Bodenlose.

Anhand von Bankbilanzen zeigten Alexander Burow und Eugen Peguschin, wie die Entwertung der GKO das Vermögen der Banken innerhalb von einem Tag schmelzen ließ und sich gleichzeitig die Hartwährungsverbindlichkeiten durch den gedrittelten Wert des Rubels verdreifachten. Die resultierende Überschuldung der Banken führte zu einem Zusammenbruch des gesamten Finanzsystems. Auch die ausländischen Banken, die von der Moskauer Boom-Stimmung hatten profitieren wollen, mussten Verluste in Milliarden-Dollar-Höhe hinnehmen.

Viele deutsche Banken haben bis heute ihr Vertrauen in den russischen Markt nicht wiedergewonnen, weil sie sich gegenüber russischen Banken übervorteilt fühlen. Sie werfen dem russischen Staat vor, nach der Krise ihre Interessen als Gläubiger russischer Kreditinstitute nicht ausreichend geschützt zu haben.

Zur Zeit sind Anzeichen einer leichten Besserung der Situation zu beobachten. Kreditlinien zur

Handelsfinanzierung werden den größeren russischen Banken, die die Krise überlebt haben, bereits wieder zur Verfügung gestellt. Eine Umstrukturierung wird jedoch nur Erfolg haben, wenn die Bankenaufsicht gestärkt und ein Einlagensicherungsfonds geschaffen wird. Die laufenden Konkursverfahren müssen fortgesetzt werden, und ohne verstärkte Direktinvestitionen aus dem Ausland ist ein nachhaltiger Wiederaufschwung schwer vorstellbar.

Claudia Bell erklärte zunächst das gesetzliche System der beruflichen Unfallversicherung in Deutschland. Träger der Versicherung sind die nach Branchen organisierten Berufsgenossenschaften, Körperschaften öffentlichen Rechts, die als Pflichtversicherungsnehmer die Unternehmen der jeweiligen Branche haben. Versicherte sind die Angestellten dieser Unternehmen. Sie sind bei Unfällen am Arbeitsplatz oder auf dem Weg dorthin über ihren Arbeitgeber versichert und können Versicherungsleistungen wie Heilbehandlungen, Krankengeld oder Verletztenrente in Anspruch nehmen, wenn ein Vertragsarzt einen entsprechenden Fall festgestellt hat.

Im Gegensatz zu dem US-amerikanischen System läßt das Berufsgenossenschaftssystem keine Klage privater Geschädigter auf Schadenersatz zu. Kläger kann immer nur der Arbeitgeber als Versicherungsnehmer sein. Damit ist gleichzeitig eine Haftung des Unternehmens selbst - außer bei grober Fahrlässigkeit - ausgeschlossen.

Maxim Tschoumatschenko erklärte, dass es in Russland ein Unfallversicherungssystem gebe, dass dieses aber in der Praxis nicht funktioniere. Versicherungsträger ist der Fond social'nogo strachovanija, in den jedes Unternehmen seit 1996 Prämien in Höhe von 5,4% der Lohnsumme abführen muss. Die Gesundheitsbehörde Sanepidnadzor gibt eine Liste mit anerkannten Berufskrankheiten und -risiken heraus. Auf dieser Basis stellt die MSEK (Mediko-social'naja ekspertnaja kommissija) einen Versicherungsfall fest. Dies kann sehr lang dauern, da zunächst ein Gutachten erstellt werden muß.

Da der Versicherungsfonds notorisch illiquide ist ("...zur Deckung des Staatshaushaltsdefizits wird er regelmäßig geleert..."), stehen den Beiträgen der angeschlossenen Unternehmen keine Leistungen gegenüber. Die Rechtsprechung scheint diese Situation als gegeben hinzunehmen, so dass geschädigte Personen, die gegen ihre Arbeitgeber auf Schadenersatz klagen, als Kläger akzeptiert werden. Das führt dazu, daß die Unternehmen in der Praxis für Schäden aus Arbeitsunfällen ihrer Angestellten haften müssen. Um sich gegen hohe Haftungsrisiken zu versichern, schließen die größeren Unternehmen daher private Arbeitgeberhaftpflicht- oder Arbeitnehmerunfallversicherungen ab.

Das Versicherungssystem in Russland scheint bereits etwas kompliziert zu sein, viel komplizierter erscheint allerdings die Situation des deutschen "Bleiberechts" für ausländische Staatsbürger, über

dessen Theorie und Praxis **Jaroslav Mynov** (Arthur Andersen GmbH, Berlin) berichtete. Das Ausländerrecht, das auf das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 zurückgeht, kennt verschiedene Arten von Aufenthaltsgenehmigungen für Ausländer: die Aufenthaltserlaubnis, die EU-Aufenthaltserlaubnis, die Aufenthaltsberechtigung, die Aufenthaltsbewilligung, die Aufenthaltsbefugnis, die Aufenthaltsgestattung und die Duldung.

Jeder einzelne Status hat besondere Voraussetzungen, wird auf besondere Fristen vergeben und ist mit bestimmten Rechten und Pflichten verbunden. Zum Beispiel kann ein Ausländer mit Aufenthaltsberechtigung nicht bei kleineren Delikten sofort ausgewiesen werden. Eine Aufenthaltsgenehmigung ist nicht unmittelbar mit einer Arbeitserlaubnis verknüpft. Beide werden auch durch unterschiedliche Ministerien (für Inneres und für Arbeit) gewährt.

Und um die Verwirrung komplett zu machen, entspricht die Rechtstheorie häufig nicht der Rechtswirklichkeit, so z. B. im Fall der Aufenthaltsbewilligung, die theoretisch nicht, in der Praxis aber doch vor Ort in Deutschland (ohne den Umweg über die zuständige deutsche Botschaft) verlängerbar ist. Nicht zu vergessen, daß bei der Auslegung der Rechtsnormen die Landespraxis entscheidet, denn die Landesinnenministerien sind hier zuständig. Vielleicht sollte man einem ausländischen Staatsbürger, der dieses System versteht, die deutsche Staatsbürgerschaft sofort als Anerkennung für besondere intellektuelle Leistungen auf einem silbernen Tablett servieren ...

Über das Verstehen deutscher Phänomene berichtete auch **Fenja Wittneven** in ihrem Vortrag über den russischen Sprachwissenschaftler Viktor Maksimovic Zhirmunskij. Dieser analysierte Anfang des Jahrhunderts deutsche Dialekte, ohne jemals in Deutschland gewesen zu sein, und schrieb ein bis heute unübertroffenes dialektologisches Standardwerk über die deutsche Sprache.

Seine These bestand in der Vermutung, dass Dialekte nicht statisch, sondern dynamisch und den Einflüssen der sie umgebenden Sprachen und Dialekte unterworfen seien. Er studierte umfangreiches Datenmaterial aus Deutschland und trieb eigene linguistische Studien in den deutschen Sprachinseln der Sowjetunion und konnte auf diese Weise seine These untermauern. Daß Sprache in Mittel- und Osteuropa oft mit Nation und Nation mit Staat gleichgesetzt werden, erfuhr Zhirmunskij während der Stalinzeit, als er als deutscher Spion diffamiert und nach Usbekistan verbannt wurde.

Im Anschluß an diesen Vortrag entspann sich eine aufregende Diskussion, in der sich zeigte, dass dieselben Gleichsetzungen offensichtlich immer noch wirken. Die These "Ukrainisch ist keine Sprache, sondern ein russischer Dialekt" traf nämlich auf empörten Widerspruch derjenigen, die wohl schon das unterschwellige "Ukrainer sind eigentlich Westrussen" und "Westrussen haben kein Recht

auf einen eigenen Staat" darin sahen. Umgekehrt wurden Befürchtungen laut, die deutschen Friesen, deren Dialekt neulich offiziell den Status einer eigenen Sprache erhalten hat, könnten sich zu einer Art nordischen Wikingerstaats mausern und der Bundesrepublik geschlossen den Rücken kehren.

Vielleicht würden sie dann nicht mehr mit See-, sondern mit Raumschiffen über uns herfallen. Das dürfte allerdings in noch ferner Zukunft liegen, denn zunächst müssen neue bemannte Raumstationen her, wie wir im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. lernten. Bei der Besichtigung des DLR auf Einladung von **Jürgen Drescher** konnten wir Modelle von MIR-Modulen besichtigen, die den Astronauten (west) / Kosmonauten (ost) als Trainingszentren dienen. Das DLR betreibt weltraumbezogene Grundlagenforschung und stellt interessierten Unternehmen sein DLR-Nutzerzentrum für Mikrogravitation zur Verfügung. Hier können Experimente im Weltraum ferngesteuert und überwacht werden.

Die Vorträge am Samstag fanden in der stilvollen und interessanten Atmosphäre eines Schiffes der VTG-Lehnkering AG auf dem Rhein von Düsseldorf nach Köln statt. Über die geschichtliche Entwicklung und die Geschäftsfelder dieses Speziallogistikunternehmens gab **Falk von Seck** einen aufschlussreichen Vortrag.

Darüber hinaus gab es während der Konferenz bei Restaurant- und Kneipenaufenthalten im herbstlichen Köln lange und intensive Gespräche und Diskussionen, in denen viel Erfahrungswertes zwischen den Clubmitgliedern ausgetauscht wurde.

Stefanie Seeberg